

«AKW-Verbleib ist unverantwortlich»

Schweiz | SP-Nationalrat Eric Nussbaumer über die zukünftige Energieversorgung

Landesweit gibt es Befürchtungen, dass die Schweiz demnächst von einer winterlichen Strommangel-lage betroffen sein wird. Nationalrat Eric Nussbaumer erachtet die erneuerbaren Energien und das Verhältnis zur EU als entscheidende Faktoren. Kernenergie lehnt der Liestaler überzeugt ab.

Janis Erne

Herr Nussbaumer, Bundesrat Guy Parmelin sagte kürzlich: «Eine Strommangellage ist neben der Pandemie die grösste Gefahr für die Versorgung der Schweiz.» Ab 2025 könnte das Stromangebot im Winter knapp werden. Wie beurteilen Sie die Gefahr einer Mangellage?

Eric Nussbaumer: Seit längerer Zeit kann die Schweiz ihren Strom im Winterhalbjahr nicht komplett selbst bereitstellen. Die zukünftigen Herausforderungen sind zweistufig: Kurzfristig muss die Frage des EU-Regulierungsrahmens beantwortet werden. Ab 2025 gelten in der EU neue Regeln, inwiefern der Strom innerhalb der Staaten transferiert werden darf. Für unser Land erweisen sich die neuen Regeln als nachteilig: Sie schreiben vor, dass keine besonderen Leitungen für die Schweiz mehr reserviert werden dürfen. Bis anhin profitierte die Schweiz im Winterhalbjahr von Bezugsrechten aus Frankreich. Diese Bezugsrechte kommen ab 2025 unter Druck, weil die Schweiz den Regulierungsrahmen der EU noch nicht übernommen hat. Langfristig gesehen – ich spreche von einem Zeithorizont um 2035 – gestaltet sich die Lage noch herausfordernder. Grosse AKW werden alt und müssen irgendwann abgeschaltet werden. Ausreichend alternative Kraftwerkskapazitäten wurden aber noch nicht gebaut.

Eine Strommangellage würde zu Einschränkungen von Dienstleistungen und erheblichen Verlusten für die Wirtschaft führen. Deshalb schlägt der Energie-Fachverband Powerloop ergänzend zum Ausbau der erneuerbaren Energien die schweizweite Installation von 2000 Mini-Gaskraftwerken vor. Was halten Sie von dieser Idee?

Ich halte das Konzept für untauglich und stelle mir die Frage, wie sich die Mini-Gaskraftwerke wirtschaftlich lohnen würden. Zumal diese überall stehen, aber – wenn überhaupt – nur selten laufen würden. Der Staat müsste vermutlich als Geldgeber einspringen. Jedoch bin ich nicht dagegen, die bewährten Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen (WKK-Anlagen) wie Gasmotoren wieder richtig darzustellen und umsetzen zu dürfen. WKK-Anlagen produzieren sowohl Wärme als auch



«Selbstversorgung war nie eine Zielsetzung», sagt Eric Nussbaumer. Bild: zvg

Strom und stellen noch immer eine sehr effiziente Technologie dar.

Vor zwei Wochen gab Johannes Rudolf Gunzenhauser, ein Befürworter der Kernenergie, dieser Zeitung ein Interview. Die Stromproduktion aus Kernenergie ist ganzjährig möglich und praktisch CO₂-frei. Mit Kernenergie könnte man die Versorgungssicherheit und Klimaneutralität der Schweiz gewährleisten. Was spricht gegen neue Kernkraftwerke (KKW)?

Es gibt verschiedene Probleme, die mit der Kernenergie einhergehen. Erstens wurde 2017 direkt-demokratisch entschieden, nicht mehr auf diese Technologie zu setzen. In der Gesellschaft ist die Akzeptanz für Kernenergie sehr gering. Wollte man heute ein neues KKW bauen, müsste man mehrere demokratische Entscheidungen wie Standortbewilligungen, lokale Volksinitiativen oder Referenden gewinnen. Deshalb erscheint mir Kernenergie als strategische Option fast unmöglich. Zweitens stimmt das Argument, dass der Betrieb eines KKW CO₂-arm sei, nicht und ist eine veraltete Betrachtungsweise. Heute ist man sich einig, dass bei allen Technologien der ganze Lebenszyklus – von der Erstellung bis hin zur Energiezufuhr für die Stromproduktion – betrachtet werden muss. Drittens ist das Abfallproblem nach 70 Jahren Kernenergie noch immer ungelöst. Verfechter der Atomenergie wissen nicht, wie sie ihren Atommüll sicher und langfristig entsorgen wollen. Viertens wären grosse Teile der Schweiz unbewohnbar, wenn es zu einem grossen Unfall in einem KKW kommen würde. In einem dicht besiedelten Land wie

der Schweiz ist es unverantwortlich, die Kernenergie weiterzuverfolgen. Zumal mit Japan ein hochtechnologisiertes Land den Reaktorunfall in Fukushima auch nicht meistern konnte.

Der konsequente Ausbau der erneuerbaren Energien stellt eine Alternative zur Kernenergie dar. Ist die Landschaft der Schweiz geeignet, um genügend erneuerbare Energien für die Selbstversorgung produzieren zu können?

Selbstversorgung war noch nie eine Zielsetzung. Die Schweiz hat schon früh erkannt, dass das europäische Stromnetz zusammengehängt werden muss. Der berühmte Stromknotenpunkt Laufenburg, über den der Strom-austausch in Europa läuft, wurde von der Schweiz initiiert. Eine zeitgemässe Wirtschaftspolitik bedeutet, gut mit anderen Staaten vernetzt zu sein. Selbstverständlich muss die Schweiz ihren Beitrag leisten, und es ist sinnvoll, möglichst viel Strom selbst zu produzieren. Wasserkraft und Solarenergie werden die wichtigsten Energieträger der Zukunft sein. Wasserkraft kann künftig rund 60 Prozent und Solarenergie rund 30 Prozent des Schweizer Strommix ausmachen. Bei der Solarenergie sind wir aber noch ganz am Anfang – es braucht noch viele Installationen und bessere Rahmenbedingungen.

Um beim Bau der bedeutendsten Wind- und Wasserkraftwerke die Beschwerdedauer zu verkürzen, schlägt der Bundesrat um Energieministerin Simonetta Sommaruga (SP) vor, dass das kantonale Plan-genehmigungsverfahren künftig alle Bewilligungen umfassen soll.

werke setzen. Er beauftragte das Umweldepartement Uvek, umgehend Vorbereitungen für den Bau und Betrieb solcher Anlagen an die Hand zu nehmen. Zuhanden des Parlaments wird das Uvek zudem Gesetzesbestimmungen erarbeiten, über die das Parlament bei der laufenden Revision des Stromversorgungsgesetzes befinden kann. Vorgaben – etwa zum verwendeten Brennstoff oder zur Kompensation – sollen gewährleisten, dass die Kraftwerke klimaneutral sind.

Zur Person

Seit 2007 amtiert Eric Nussbaumer (SP) als Nationalrat – jahrelang in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie; heute in der Aussenpolitischen Kommission. Ende 2023 wird der 61-Jährige voraussichtlich zum Nationalratspräsidenten ernannt.

Beruflich ist der Elektroingenieur als Verwaltungsratspräsident für die Liestaler Adev Energiegenossenschaft tätig. Nussbaumer wohnt in Liestal, ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder.

Die Gemeinden wehren sich, sie wollen Bewilligungsbehörden bleiben.

Es ist wichtig, die direktdemokratischen Instrumente beizubehalten. Jedoch ist eine Effizienzsteigerung, indem die rechtlichen Verfahren gebündelt werden, nicht falsch. In dieser Debatte muss beachtet werden, dass der Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbands SVP-Ständerat ist und deshalb gegen SP-Bundesrätin Sommaruga schießt. In Tat und Wahrheit sind die Gemeinden sehr froh, wenn sie Rechtssicherheit erhalten. Rechtssicherheit im Sinne, dass alle Beschwerden in einem Verfahren geklärt werden können. Ein Beispiel: Vor ein paar Jahren ersuchte mich ein Anwiler Landwirt, der eine Agri-Photovoltaikanlage erstellen wollte, um Auskunft. Er befand sich bezüglich der Zuständigkeitsfrage – ob der kantonale Richtplan oder der kommunale Zonenplan geändert werden muss – im Unklaren. Da hilft es, alles in einem Verfahren zu klären.

Wie beurteilen Sie die Abwägung zwischen Energiegewinde und Umweltschutz?

Diesbezüglich halte ich ein Kriterium für massgebend: Haben die zukünftigen Generationen die Möglichkeit, die Eingriffe in die Landschaft und Umwelt wieder rückgängig zu machen? Zum Teil verstehe ich die Umweltverbände nicht, wenn sie sich gegen rückbaubare Windturbinen oder Solaranlagen im freien Gelände wehren. Solche Anlagen können in 30, 40 oder 50 Jahren – wenn es bessere Technologien gibt – wieder demontiert werden. Die nächsten Generationen haben die ganze Entscheidungsfreiheit.

Sie erwähnten es anfangs: Das Schweizer Stromnetz ist eng mit demjenigen der EU verbunden. Mit dem Scheitern des Rahmenabkommens ist auch ein Stromabkommen in weite Ferne gerückt. Wie soll der Bundesrat nun vorgehen, um in absehbarer Zeit ein Stromabkommen mit der EU schliessen zu können?

Der Bundesrat darf sich der Realität nicht verweigern. Die EU hat in den vergangenen 15 Jahren bekräftigt, dass sie ein Rahmenabkommen mit der Schweiz abschliessen will, um entsprechende Marktzugänge zu ermöglichen. Hierzu gehört auch der Energie-Binnenmarkt. Die Ablehnung des Rahmenabkommens durch den Bundesrat war ein Fehler. Ich erwarte vom Bundesrat nun, dass er schnellstmöglich aufzeigt, wie die Schweiz ihr Verhältnis zur EU wieder normalisieren kann. Denn zurzeit ist es für die Schweiz nicht möglich, anständige Verträge mit der EU auszuhandeln. Und das ist nicht in unserem Interesse.

Höhere Ausgaben für Umweltschutz

Baselbiet | Regierung legt Bericht zur Aufgabenüberprüfung vor

Die Ausgaben für Umweltschutz und Berufsbildung sind im Kanton Baselland höher als in anderen Kantonen. Diese vergleichsweise höheren Ausgaben seien jedoch begründbar, schreibt die Baselbieter Regierung in einer Mitteilung vom Mittwoch zum Generellen Aufgabenüberprüfungs-Bericht (GAP).

Die Ausgaben im Umweltschutz sind im Kanton Baselland 61 Prozent höher als in anderen Kantonen der Schweiz, stützt sich die Baselbieter Regierung auf eine Studie von BAK Economics. Es handelt sich um 18 Millionen Franken für Subventionen bei der Energieförderabgabe im Rahmen des Baselbieter Energiepakets, wie die Finanzdirektion auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA angibt.

Verzicht auf Massnahmen

Von den jährlich 18 Millionen Franken entfallen 5 Millionen Franken auf den Kanton. «Diese lösen Bundesmittel in der Höhe von 10 Millionen Franken aus», wie die Finanzdirektion auf Anfrage schreibt. Dazu unterstützt der Bund das kantonale Förderprogramm mit einem Sockelbeitrag von 3 Millionen Franken.

Um die vergleichsweise höheren Ausgaben in diesem Bereich zu reduzieren, könnte die Baselbieter Regierung entweder das Förderprogramm Energie reduzieren oder neue Abgaben einführen, schreibt sie in der Mitteilung weiter. Jedoch stützten sich die Ausgaben im Umweltschutz auf das Baselbieter Energiepaket, das der Landrat 2020 erneut beschlossen hat. Im Jahr 2016 lehnte das Baselbieter Stimmvolk eine Abgabe zur Finanzierung des Energiepakets ab. Aufgrund der beiden politischen Entscheide habe die Regierung «auf eine Umsetzung dieser möglichen Massnahmen zu verzichten», wie sie schreibt.

Mehr Mittel für Berufsausbildung

Auch bei der Berufsausbildung gibt der Kanton Baselland 5,3 Millionen Franken mehr aus als der Durchschnitt aller Schweizer Kantone, wie in derselben Mitteilung steht. Bei der Berufsbildung geht es um eine Gesamtsumme von 107 Millionen Franken. Die höheren Ausgaben lassen sich laut Mitteilung begründen: Das Baselbiet zahle einerseits doppelt so hohe Subventionen an die Berufsausbildung als andere Kantone, um die Lehrbetriebe zu entlasten, sagt der Autor des entsprechenden GAP-Berichts.

Die höheren Subventionen fielen vor allem bei den überbetrieblichen Kursen für die branchenspezifische Ausbildung und die Lehrabschlussprüfungen an. Andererseits begründet die Baselbieter Regierung die höheren Aufwendungen auch damit, dass der Kanton mehr Lernende in der schulisch organisierten Grundbildung (Wirtschaftsmittelschule) sowie bei den Brückenangeboten ausbilde als andere Kantone. Auch böte das Baselbiet Beratungen für Erwachsene gratis an, die in anderen Kantonen kostenpflichtig seien.

Mit der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) lässt der Kanton alle Aufgaben und Ausgaben regelmässig überprüfen. In einem letzten Schritt nimmt der Baselbieter Landrat den Ausgabenbericht jeweils zur Kenntnis.

Bundesrat will Wasserkraft und Gaskraftwerke für Strom-Notlagen

sd. Mit einer Wasserkraftreserve will der Bundesrat allfällige Ausfälle in der Stromversorgung verhindern. Dies verkündete Simonetta Sommaruga gestern in Bern vor den Medien. Ergänzend dazu, sozusagen als zweite Rückfallebene, will er auf klimaneutral betriebene Gaskraftwerke setzen. Betrieben werden sollen sie aber nur ausnahmsweise in Notlagen.

Die Wasserkraftreserve soll ab dem kommenden Winter zur Verfügung stehen. Die Betreiber von Speicherkraftwerken sollen

eine gewisse Menge Wasser zurückhalten für den Fall, dass ein Mangel droht. Dafür erhalten sie ein Entgelt. Gerechnet wird laut Bundesamt für Energie (BFE) mit 15 bis 30 Millionen Franken pro Jahr.

Die Grundlagen für die Wasserkraftreserve will der Bundesrat auf dem Verordnungsweg erlassen. Ins Gesetz sollen sie im Zug der Revision des Stromversorgungsgesetzes übernommen werden.

Als zweite Rückfallebene will der Bundesrat auf klimaneutral betriebene Gaskraft-